

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Verleger: H. K. Schmidt, Leipzig Nr. 1908. Leigt. Nr.: Kreutz Dresden

Monatlich bei jeder Lieferung durch Posten 20 Mark  
Wochenpreis: 12 Mark  
Wochenpreis: 10 Mark  
Wochenpreis: 15 Mark  
Wochenpreis: 10 Mark  
Wochenpreis: 10 Mark  
Wochenpreis: 10 Mark  
Wochenpreis: 10 Mark  
Wochenpreis: 10 Mark

## Die Streifbewegung in Pommern

Von dem eigenartigen Bewegungskreis der Streifbewegung im Nordbrandenburg, über den wir schon öfters ausführlich berichtet haben, gewinnt man nach dem letzten Bild. Zunächst scheint es sich um eine von Vorwärtselementen stammende Bewegung zu handeln. Das die Ereignisse der Streifbewegung durch die preussische Regierung des Polizeipräsidenten in Potsdam bestätigt worden, haben wir bereits gesagt. Die preussische Regierung hat die Maßnahmen über die Kundgebung der Streifbewegung für abgelehnt. Von ausführender Stelle in Berlin wird mitgeteilt, daß seit 15. Oktober im ganzen in zwölf Kreisen und 60 Ortschaften von 6 bis 6000 Landarbeitern gestreift worden ist. Vollständigen Streik hat die Streifbewegung im Kreis Danziger Höhe bis Karlsburg, der ziemlich einen Monat dauerte, aber jetzt beendet ist. Die übrigen Kreise streifen nur wenige Wochen oder Tage. Nur bei Kreis in Preußen südlich von 1600 Landarbeitern. Es besteht noch der Streik im Kreis Franzburg. Regenerungsbestätigung. In Pommern hat der Pommerische Bund sich auf geschlicher Grundlage erstreckt. Arbeiter und Arbeiterinnen sind in Pommern abgelehnt und will eigene Schlichtungsanstalten aufgestellt werden. Die Pommern sind abgelehnt und will eigene Schlichtungsanstalten aufgestellt werden. Die Pommern sind abgelehnt und will eigene Schlichtungsanstalten aufgestellt werden.

## Der Handel mit Amerika

Amsterdam, 16. Juli. Die Pressebureau Radio aus Washington meldet, lauter die Genehmigung zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland, daß es Verboten innerhalb der Vereinigten Staaten gestattet wird, um nach dem 1. Juli mit Personen, die in Deutschland wohnen, Handel zu treiben und sich mit ihnen in Verbindung zu setzen sowie mit allen Personen Handel zu treiben und Verbindungen aufzunehmen, mit denen dies laut Gesetz verboten war.

## Freileichtungen des Verkehrs

Berlin, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Wie aus Paris gemeldet wird, sollen nach Entlassung des Königs im Sommerabend am Montag die Beschränkungen im öffentlichen Verkehr zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands am 20. Juli aufgehoben werden.

## Gymnasialreform

Der in dieser Stelle in Nr. 182 erschienene Aufsatz „Gymnasialreform“ beschäftigt sich in seinen hauptsächlichsten Teilen mit dem Streit, der zwischen dem Gymnasium und der Volkshochschule besteht, die schon lange Gegenstand einer lebhaften Diskussion der Vertreter der Gymnasien sind. Dieser Streit hat der Verfasser aber aus folgenden Gesichtspunkten und sehr ergebnisreichen Schlüssen hervorgehen lassen: es ist eine Vereinigung von Volkshochschule und Gymnasium notwendig, um die an der Volkshochschule erhobenen Anforderungen zu erfüllen. Diese Anforderungen sind nicht nur in der Volkshochschule, sondern auch in der Volkshochschule zu erfüllen. Diese Anforderungen sind nicht nur in der Volkshochschule, sondern auch in der Volkshochschule zu erfüllen.

## Anerkennung der deutschen Republik

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Bundesversammlung hat beschlossen, die offizielle Anerkennung der neuen deutschen Staatsform in der Sitzung des Reichstages am 1. Juli zu beschließen.

## Die Abschließung Englands

London, 17. Juli. (Priv.-Tel.) Die englische Kommission für die Fremdenzonen hat dem Senat einen Entwurf vorgelegt, wonach Untertanen früherer feindlicher Länder in den nächsten zwei Jahren nach Großbritannien übergeführt werden könnten.

## Der Kaiser-Prozess

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) In einem ausführlichen Urteil für den Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser ein. Das Urteil lautet, daß der Kaiser in den Friedensvertrag als Gegenstand des Verhältnisses der internationalen Völkerrechte aufgenommen worden, und ein Verbrechen begangen hätte, die Festsetzung auf eine neue Verfassung des Reiches den Völkern einzulassen. Das Urteil lautet: Wir müssen den Kaiser vor Gericht stellen, ist es auch nach dem Urteil, wenn wir dies nicht tun, wir sind die anderen Schuldbigen nicht vor Gericht bringen können, ohne dabei einen Vorbehalt zu machen, daß auch in internationalen Angelegenheiten ein Gesetz für den König und ein Gesetz für den Untertan besteht. London wurde ermächtigt, weil man die Überzeugung hat, daß die englischen Richter sich nicht werden, sondern weniger nachsichtig als die anders sein würden. Er würde, wenn er den Todsünden entspricht, der Entwurf, daß das Verfahren rechtmäßig nicht zulässig ist. Es ist klar, daß nur von bestehenden Gerichten und nach als geschrieben dem Recht Recht gesprochen werden kann. Das Verbrechen des Kaiser ist ein Verbrechen, das in keinem nationalen Strafgesetzbuch festgesetzt ist. Der Kaiser wird jedoch vor einem internationalen Gerichtshof eines internationalen Verfahrens beschuldigt und einer Vorwürfe unterworfen werden, die von den höchsten Motiven des internationalen Rechtes geleitet werden wird.

## Ein Notruf der Südtiroler

Bozen, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Südtiroler haben in einem Brief an den Reichspräsidenten ihren Protest gegen die italienische Annexion der Südtiroler Gebiete geäußert. Sie fordern die Wahrung ihrer Rechte und die Unabhängigkeit Südtirols.

## Wiederaufnahme der Anschließungsfrage

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Bundesversammlung hat sich mit der Wiederaufnahme der Anschließungsfrage beschäftigt. Es besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einer baldigen Lösung führen werden.

## Die Auslieferung unserer Flotte

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Bundesversammlung hat beschlossen, die Auslieferung der deutschen Kriegsflotte zu verweigern, bis die Forderungen der deutschen Regierung erfüllt sind.

## Das sittliche Recht Frankreichs

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit dem Verbrechen gegen den Kaiser wird die Frage des sittlichen Rechtes Frankreichs diskutiert. Es wird argumentiert, daß Frankreich ein Recht hat, den Kaiser vor Gericht zu stellen.

## Regierungsmaßnahmen

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Regierung hat neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Streifbewegung erlassen. Diese Maßnahmen betreffen die Überwachung der Streifbewegung und die Unterstützung der betroffenen Landarbeiter.

## Wilson der Befreier

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Bundesversammlung hat sich mit der Frage beschäftigt, ob Wilson der Befreier sein kann. Es wird argumentiert, daß Wilson eine wichtige Rolle in der Befreiung Deutschlands gespielt hat.

## Der Wiederaufbau Nordfrankreichs

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Bundesversammlung hat sich mit der Frage beschäftigt, wie der Wiederaufbau Nordfrankreichs durchgeführt werden kann. Es wird argumentiert, daß eine internationale Zusammenarbeit notwendig ist.

## Die Verhandlungen der Streifbewegung

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Streifbewegung sind weiterhin im Gange. Es wird erwartet, daß eine baldige Einigung erzielt werden wird.

## Die Verhandlungen der Streifbewegung

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Streifbewegung sind weiterhin im Gange. Es wird erwartet, daß eine baldige Einigung erzielt werden wird.

## Die Verhandlungen der Streifbewegung

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Streifbewegung sind weiterhin im Gange. Es wird erwartet, daß eine baldige Einigung erzielt werden wird.

## Die Verhandlungen der Streifbewegung

Bonn, 17. Juli. (Eg. Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Streifbewegung sind weiterhin im Gange. Es wird erwartet, daß eine baldige Einigung erzielt werden wird.